

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2018

**DER DELEGATION
BEI DER
INTERPARLAMENTARISCHEN UNION
(IPU)**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A Einleitung	4
B 138. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 22. – 28. März 2018 in Genf	5
1. Eröffnungsfeier.....	5
2. Teilnahme.....	6
3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item).....	6
4. Hauptthema der Versammlung: <i>Strengthening the global regime for migrants and refugees: The need for evidence-based policy solutions</i>	7
5. Standing Committee on Peace and International Security.....	8
6. Standing Committee on Sustainable Development, Finance and Trade.....	8
7. Standing Committee on Democracy and Human Rights.....	8
C Sitzung des Interparlamentarischen Rats	9
1. Mitgliedschaft bei der Interparlamentarischen Union.....	9
2. Die finanzielle Lage der IPU.....	9
3. Umsetzung der IPU-Strategie 2017 - 2021.....	9
D Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus	10
E 139. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 14. – 18. Oktober 2018 in Genf	10
1. Eröffnungsfeier.....	10
2. Teilnahme	11
3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item).....	11
4. Hauptthema der Versammlung: <i>Parliamentary leadership in promoting peace and development in the age of innovation and technological change</i>	12
5. Standing Committee on Peace and International Security.....	13
6. Standing Committee on Sustainable Development, Finance and Trade.....	13

7. Standing Committee on Democracy and Human Rights	13
F Sitzung des Interparlamentarischen Rats.....	14
1. Mitgliedschaft und ständige Beobachter bei der IPU.....	14
2. Die finanzielle Lage der IPU.....	14
3. Budget für das Jahr 2019.....	14
4. IPU-Strategie 2017 – 2021.....	14
G Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus.....	14
H Schlusswort.....	15
I Nächste Versammlungen.....	15

A Einleitung

Allgemeines zur Interparlamentarischen Union

Die IPU wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveränen Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zur globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 178 Mitgliedstaaten. Sie setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen.

Ziele

- die Kontakte, die Koordination und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten und deren Mitgliedern aller Länder zu fördern;
- Fragen von internationalem Interesse betreffend Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Frauen in der Politik, Bildung, Wissenschaft und Kultur zu erörtern, um dadurch einzelne Parlamente und Ratsmitglieder zu konkreten Massnahmen zu veranlassen;
- zur Förderung von Schutz und Achtung der Menschenrechte – ein zentraler Faktor für die parlamentarische Demokratie und die Entwicklung – und des humanitären Rechts beizutragen, insbesondere zum Schutz der Menschenrechte der Parlamentarierinnen und Parlamentarier;
- zu einem besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen beizutragen und deren Entstehung und Fortbildung zu unterstützen.

Die **Interparlamentarische Konferenz** – die Plenartagung der Organisation – tagt zweimal jährlich. Sie erörtert dabei insbesondere politische, wirtschaftliche und soziale Fragen von internationalem Interesse und erarbeitet zu diesen Themen Entschliessungen. Nach der Satzung sind die Mitglieder der Union zur Verteilung der Resolutionen im Parlament sowie an die Regierungen sowie zur Förderung ihrer Umsetzung aufgerufen. Es ist somit Aufgabe der Delegationen, die Entschliessungen der IPU den Parlamenten zu überbringen und auf deren Umsetzung hinzuarbeiten. Die einzelnen Entschliessungen entfalten allerdings für die Parlamente der in der IPU vertretenen Staaten keine bindende Wirkung.

Darüber hinaus veranstaltet die IPU Sonderkonferenzen, die sich insbesondere mit Fragen aus den Bereichen Abrüstung, Entwicklung und Umwelt auseinandersetzen.

Der **Interparlamentarische Rat** lenkt unter der Leitung seines auf drei Jahre gewählten Präsidenten die Arbeit der Union. Das **Exekutivkomitee**, das sich neben dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates und dem Vizepräsidenten aus fünfzehn Mitgliedern zusammensetzt, unterstützt den Rat bei seinen Aufgaben. Es nimmt eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung des jährlichen Arbeitsprogramms der Union und bei der Einrichtung neuer Ausschüsse ein.

Drei Ständige Ausschüsse – Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit, Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel, Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte – unterstützen die Interparlamentarische Konferenz in ihrer Arbeit. Ähnlich dem Verfahren in anderen interparlamentarischen Gremien besteht ein Berichterstattersystem mit zwei Berichterstattern/Innen pro Sachthema, welche dem jeweiligen Ausschuss nebst einem Themenbericht einen Resolutionsentwurf vorlegen. Änderungsanträge zu den jeweiligen Resolutionsentwürfen werden jedoch dann im gesamten Ausschuss beraten und verabschiedet.

Finanzierung der IPU: Sie finanziert sich ausschliesslich aus eigenen Mitteln, die durch die Beiträge der Mitgliedsländer aufgebracht werden (Beitrag Liechtenstein für das Jahr 2018 ca. CHF 12'100).

Das **Sekretariat der IPU**, mit Sitz in Genf, ist für alle administrativen Aufgaben sowie den Sitzungsdienst bei den Tagungen der verschiedenen IPU-Gremien zuständig.

Seit Herbst 2000 ist der Liechtensteinische Landtag als offizielles Mitglied in der IPU vertreten.

Die liechtensteinische Delegation bei der IPU setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Landtagsabgeordneter Mario Wohlwend (Delegationsleiter)
- Landtagsabgeordneter Johannes Hasler (Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Jürgen Beck (stv. Delegationsmitglied)
- Stv. Landtagsabgeordneter Wolfgang Marxer (stv. Delegationsmitglied)
- Gabriele Wachter (Delegationssekretärin)

Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr nebst vielen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste tagte vom 22. - 28. März, die zweite vom 14. - 18. Oktober, beide in Genf. An beiden Sitzungen war die Delegation inkl. Delegationssekretärin vertreten.

Kostenaufwand der Delegation per 2018

Der Gesamtkostenaufwand (Taggelder u. Reise-, Übernachtungs- sowie Verpflegungskosten) der Delegation belief sich im Berichtsjahr auf CHF 14'630.40.

B 138. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 22. – 28. März 2018 in Genf

1. Eröffnungsfeier

Die 138. Versammlung der Interparlamentarischen Union wurde am Sonntag, 25. März 2018 von der IPU-Präsidentin Frau Gabriela Cuevas Barron aus Mexiko eröffnet. Die

Präsidentin wies in ihrer Eröffnungsrede auf die Bedeutung des Hauptthemas der Versammlung hin: *Stärkung der internationalen Regelungen im Bereich der Migration und Flüchtlinge: die Notwendigkeit für stichhaltige politische Lösungen*. Beinahe 258 Millionen Menschen auf dieser Welt würden in Ländern wohnen, wo sie nicht geboren worden seien. Viele von ihnen seien Migranten, legale und illegale, die sich anderswo ein besseres Leben erhofften, und Flüchtlinge, die ihr Land aufgrund von Verfolgung, Konflikten oder Naturkatastrophen verlassen mussten und dabei ihre Sicherheit und ihr Leben riskierten. Es müsse damit gerechnet werden, dass diese Zahl aufgrund von sozialer, ökonomischer oder politischer Instabilität noch zunehme. Ziel der Generaldebatte sei es daher, einen parlamentarischen Beitrag zur diesbezüglich laufenden globalen Diskussion zu leisten.

In der Folge fand eine hochrangige interaktive Debatte mit Herrn William Lady Swing, Generaldirektor der Internationalen Organisation für Migration (IOM), Herrn Zeid Ra'ad Al Hussein, UN-Hochkommissar für Menschenrechte (OHCHR) und Herrn Filippo Grandi, UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR), moderiert von Frau Claire Doole, ehemalige BBC-Journalistin, zu diesem Thema statt.

2. Teilnahme

Parlamentsdelegationen aus 148 Ländern nahmen an der Versammlung teil. Von den 1'526 teilnehmenden Delegierten waren 744 Mitglieder eines nationalen Parlaments. Unter den Parlamentariern befanden sich 59 Parlamentspräsidenten und 39 Vizepräsidenten. Liechtenstein war durch die Abgeordneten Mario Wohlwend (Delegationsleiter) und Johannes Hasler (Delegationsmitglied) sowie die Delegationssekretärin Gabriele Wachter vertreten.

3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item)

Folgende vier Vorschläge für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum wurden eingereicht:

- *Repercussions of Iran's malign activities, led by the Islamic Revolutionary Guard Corps and its Quds Force, in core arenas in the Middle East, including Syria, Lebanon, Iraq and Yemen, and in the Palestinian arena*, vorgeschlagen von Israel;
- *Violence against women in the workplace, in particular in parliaments, in the wake of the #Me Too movement*, vorgeschlagen von Schweden;
- *The consequences of the US declaration on Jerusalem and the rights of the Palestinian people in Jerusalem in the light of the UN Charter and resolutions*, vorgeschlagen von Palästina, Kuwait, Bahrain und Türkei; sowie
- *The necessity to support the Palestinian people to achieve their inalienable rights and to reject the US Administration's decision on Al-Quds (Jerusalem)*, vorgeschlagen von Iran.

Die Delegationen von Palästina, Kuwait, Bahrain und der Türkei reichten zunächst individuelle Vorschläge ein, fassten aber in der Folge diese zu einem Vorschlag zusammen.

Iran zog noch vor der Abstimmung seinen Vorschlag zurück. Bei der Abstimmung erreichte sowohl der Vorschlag bez. den Konsequenzen der US-Deklaration zu Jerusalem sowie der Vorschlag von Schweden die benötigte Zwei-Drittels-Mehrheit. Da der Vorschlag bez. Jerusalem jedoch die höhere Anzahl an Stimmen erreichte, wurde dieses Thema als dringliches Thema in die Traktandenliste aufgenommen.

Beratung: Dringliches Nachtragstraktandum

Die Folgen der US-Erklärung zu Jerusalem und die Rechte des palästinensischen Volkes in Jerusalem angesichts der Charta und der Resolutionen der Vereinten Nationen

Die Debatte zum dringlichen Nachtragstraktandum fand am Montagmorgen, 26. März 2018, unter dem Vorsitz von Frau E. Thalen Finne, Vizepräsidentin des schwedischen Parlaments, statt. Vierzehn Sprecher beteiligten sich an der Diskussion. Die Mehrheit der Delegierten verurteilte die einseitige Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt von Israel durch die USA und ihre Entscheidung, ihre Botschaft dort anzusiedeln im Bewusstsein, dass dies die Sicherheit der Region gefährden könne. Die Delegierten plädierten klar für eine Zwei-Staaten-Lösung.

4. Hauptthema der Versammlung: Stärkung der internationalen Regelungen im Bereich der Migration und Flüchtlinge: die Notwendigkeit für stichhaltige politische Lösungen

Während der 3-tägigen Beratung nahmen über 120 Delegierte von 111 Mitgliedsstaaten sowie fünf Partnerorganisationen an der Diskussion teil. Zusätzlich zur hochrangigen interaktiven Debatte vom 25. März hielt die Versammlung eine spezielle Tagung mit Herrn Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der WHO ab. Dr. Tedros unterstrich die Tatsache, dass mindestens die Hälfte der Weltbevölkerung keinen Zugang zu lebenswichtiger medizinischer Versorgung habe und dass fast 100 Millionen Menschen aufgrund hoher Gesundheitskosten in bittere Armut gedrängt würden. Er forderte die Parlamentarier auf, sich für dieses Thema einzusetzen und sicherzustellen, dass jedem Menschen eine medizinische Versorgung zugänglich gemacht werde.

Am 27. März hielt die Versammlung eine Sitzung mit Herrn Botschafter Ahmet Üzümcü, Generaldirektor der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPWC), und Herrn Botschafter Nobushige Takamizawa, Präsident der Vierten Konferenz der Vertragsstaaten des Waffenhandelsabkommens ab. Sie stellten den Anwesenden die zwei Hauptabkommen vor und ermutigten alle IPU-Mitgliedsstaaten, eine aktive Rolle bei deren Ratifizierung und Implementierung zu übernehmen. Die IPU-Präsidentin wies daraufhin auf den offenkundigen Einsatz von chemischen Waffen, sowohl in Kriegsgebieten wie Irak und Syrien als auch im Herzen Europas, hin – zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg. Dies sei äusserst beunruhigend, und alle Parlamente seien aufgefordert, dieses Vorgehen zu verurteilen und alles daran zu setzen, um dies zu verhindern. Der Gebrauch von chemischen Waffen gefährde die Existenz aller Menschen, und die Politiker hätten eine moralische Verpflichtung, sich für eine chemiewaffenfreie Welt einzusetzen.

Zum Abschluss der Debatte wurde ein Multimedia-Projekt mit dem Titel „Humans & Climate Change Stories“ vorgestellt. Darin wurden die Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben von Menschen in verschiedenen Regionen der Erde gezeigt.

5. Standing Committee on Peace and International Security

Der Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit hielt vom 25. bis 27. März vier Sitzungen ab. An seiner ersten Sitzung wurde ein Bericht und der Entwurf einer Resolution mit dem Titel „*Sustaining peace as a vehicle for achieving sustainable development*“ behandelt, der von den Co-Berichterstattem Frau M. Vargas Bárcena (Mexiko) und Herrn A. Caroni (Schweiz) ausgearbeitet wurde. Hierzu wurden 136 Änderungsvorschläge geprüft, 37% davon wurden schliesslich übernommen. An ihrer Sitzung vom 28. März genehmigte und verabschiedete die Generalversammlung die Resolution einstimmig.

[Resolution siehe Beilage]

An den nächsten Sitzungen wurden Bürowahlen abgehalten, und es wurde über das Thema der nächsten Resolution und das Arbeitsprogramm des Komitees diskutiert. Zwei Vorschläge wurden eingereicht, man entschied sich schliesslich für das von der Ukraine eingebrachte Thema „*Non-admissibility of using mercenaries as a means of undermining peace and violating human rights*“. Das Komitee beschloss, an der 139. IPU-Versammlung zu diesem sowie auch zum nichtgewählten Thema „*Combating sexual violence in UN Peacekeeping operations and beyond*“ jeweils ein Expertenhearing durchzuführen.

6. Standing Committee on Sustainable Development, Finance and Trade

Dem Ausschuss lag im Vorfeld seiner drei Sitzungen ein Resolutionsentwurf mit dem Titel „*Engaging the private sector in implementing the SDGs, especially on renewable energy*“, ausgearbeitet von den beiden Co-Rapporteurs Herrn A. Gryffroy (Belgien) und Herrn Duong Quoc Anh (Vietnam) vor. Diverse Änderungsanträge hierzu wurden in den folgenden Sitzungen geprüft und diskutiert. Am 28. März wurde die Resolution einstimmig von der Generalversammlung verabschiedet.

[Resolution siehe Beilage]

An seiner letzten Sitzung legte das Komitee das Thema der nächsten Resolution fest: „*The role of fair and free trade and investment in achieving the SDGs, especially regarding economic equality, sustainable infrastructure, industrialization and innovation*“. An der kommenden IPU-Versammlung soll hierzu eine Paneldiskussion stattfinden.

7. Standing Committee on Democracy and Human Rights

Das Thema der nächsten Resolution wurde mit Frau B. Tshireletso (Botswana) als Vorsitzende an der ersten Sitzung des Ausschusses diskutiert: „*Strengthening inter-parliamentary cooperation on migration and migration governance in view of the adoption of the Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration*“. Die Debatte wurde

von zwei Vertretern des Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration, Botschafter J. Lauber (Schweiz) und Botschafter J. Gómez Camacho (Mexiko) geleitet. Von den Delegierten wurden etliche Themenvorschläge eingereicht, inkl. der Notwendigkeit der Evaluation der Gründe für Migration, Schaffung von umfassenden Gesetzen zum Schutz der Rechte von Migranten sowie dem Kampf gegen Diskriminierung und Xenophobie im Kontext der Migration.

An der zweiten Sitzung wurde ein von Belgien eingereichter Vorschlag diskutiert: „*The role of parliaments in ending discrimination based on sexual orientation and gender identity, and ensuring respect for the human rights of LGBTI persons*“. 28 Delegierte aller geopolitischen Gruppierungen ergriffen das Wort und legten ihre Meinungen dar. Es wurde beschlossen, dieses Thema an der kommenden Assembly zu debattieren.

C Sitzung des Interparlamentarischen Rates

[Einleitend gilt es festzuhalten, dass an der Sitzung des Interparlamentarischen Rates eine Vielzahl verschiedenster Themen beraten wurde. Die Aufzeichnung aller dieser Themen würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Nachstehend sind daher die nach Sicht der Delegation wesentlichsten Themen aufgeführt. Die weiteren Beratungsthemen können aus der beim Parlamentsdienst aufliegenden Traktandenliste entnommen werden.]

1. Mitgliedschaft bei der Interparlamentarischen Union

Es wurden keine neuen Aufnahmegesuche gestellt. Allerdings gibt es nach wie vor Länder, die ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der IPU aus verschiedenen Gründen nicht nachkommen. Die einzelnen Fälle wurden diskutiert. Da sich die IPU als globale Institution sieht, sollen nach Möglichkeit alle Länder Mitglieder bleiben können. Allerdings müssten gemäss Statuten der IPU gewisse Sanktionen ausgesprochen werden (Ausschluss von gewissen Meetings, Einschränkung des Wahlrechts etc.).

2. Die finanzielle Lage der IPU

Dem Rat lag eine Übersicht der finanziellen Lage der IPU per 31. Januar 2018 vor. Er stellte fest, dass sich zu diesem Zeitpunkt die Ausgaben im Rahmen des Budgets beliefen. Ausstehend waren noch die Mitgliederbeiträge von 37 Staaten in der Höhe von CHF 619'000. Einbezahlt für das Jahr 2017 wurden bereits CHF 5.9 Millionen, was 56% des Gesamtbetrages ausmacht. Der Generalsekretär erläutert weiter die Bemühungen bez. Aufbringen von finanziellen Mitteln in Form von freiwilligen Spenden im Rahmen der Umsetzung der IPU-Strategie 2017-2021.

3. Umsetzung der IPU-Strategie 2017-2021

Der Rat nimmt den Bericht über die kürzlich gemachten Aktivitäten bez. Umsetzung der IPU-Strategie 2017-2021 zur Kenntnis.

Alle verabschiedeten Resolutionen der 138. Versammlung können auf der Homepage der IPU unter folgender Adresse abgerufen werden:

<https://ipu.org/event/138th-assembly-and-related-meetings/3096-outcomes>

D Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus

Die Gruppe der Zwölf Plus hielt insgesamt vier Sitzungen ab. Es wurden u.a. folgende Traktandenpunkte behandelt:

- a) Berichte diverser Arbeitsgruppen
- b) Wahlen in verschiedene Gremien
- c) Finanzielle Situation der 12+
- d) Dringliches Nachtragstraktandum
- d) Vorgesehene Änderungen der IPU-Statuten
- e) Information über die politische Situation in Venezuela

* * * * *

E 139. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 14. – 18. Oktober 2018 in Genf

1. Eröffnungsfeier

Am 15. Oktober 2018 eröffnete die IPU-Präsidentin Frau Gabriela Cuevas Barron (Mexiko) die 139. IPU-Versammlung im Centre International des conférences de Genève (CICG). Sie widmete ihre Eröffnungsrede dem Hauptthema der Versammlung: „*Parliamentary leadership in promoting peace and development in the age of innovation and technological change*“. Im Zeitalter der vierten industriellen Revolution seien Parlamentarier aufgefordert, offen zu sein für Wandel und Innovation, Wissenschaft und Technologie. Die Politik habe auch die Verantwortung, ethische Grenzen in den Bereichen Wirtschaft und Technologie zu setzen und gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Maschinen nicht zum Schaden der Menschheit eingesetzt würden. Als Parlamentarier und Volksvertreter sei man gefordert, mit der Zeit zu gehen und die neuen Kommunikationstechnologien positiv zu nutzen.

In einer Videonachricht begrüßte der UNO-Generalsekretär, Herr A. Guterres, den Fokus dieser IPU-Versammlung zur Förderung von Frieden und Entwicklung im Zeitalter der Innovation und des technologischen Wandels. Technologische Fortschritte brächten Vorteile, z.B. um die SDGs schneller zu erreichen. Es sei aber in der Verant-

wortung aller, eine digitale Zukunft zu fördern, die sicher sei und Vorteile für alle bringe. In diesem Kontext seien Parlamentarier in einer einmaligen Position und könnten viel bewirken. Dieses Thema müsse aber auch in der Privatwirtschaft und an den Universitäten diskutiert werden.

Frau F. Gianotti, Generaldirektorin der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN), stelle mittels einer Präsentation ihre Institution vor – das grösste Teilchenphysik-Laboratorium der Welt. Das Gründungsmotto des CERN (1954) war „Wissenschaft für Frieden“.

2. Teilnahme

Delegationen aus 145 Mitgliedsstaaten, 7 Partnerorganisationen und diverse Beobachter nahmen an der Konferenz teil. Liechtenstein war durch die Abgeordneten Mario Wohlwend (Delegationsleiter) und Johannes Hasler (Delegationsmitglied) sowie die Delegationssekretärin Gabriele Wachter vertreten.

3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item)

Folgende Vorschläge wurden für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum eingereicht:

- *Restoring peace and security in the Sahel: The role of parliaments*, vorgeschlagen von Burkino Faso
- *Cutting off aid to UNRWA – A humanitarian blockade and violation of international law: Addressing the issue of stopping aid to UNRWA and assessing the impact of this decision on Palestinian refugees and the Palestinian issue as a whole*, vorgeschlagen von Jordanien und Kuwait
- *Climate change – Let us not cross the line*, vorgeschlagen von den Seychellen, Fiji, Tonga, Samoa und Mikronesien
- *The urgent need to resolve the humanitarian crisis caused by the deterioration of parliamentary democracy in Venezuela*, vorgeschlagen von den Niederlanden und Grossbritannien
- *Addressing the issue of missing persons: The role of parliaments*, vorgeschlagen von Israel

Nach einer kurzen Präsentation der Vorschläge zogen die Niederlande und Grossbritannien sowie Israel ihre Anträge zurück. Schlussendlich wurde mittels knapper Abstimmung der Vorschlag von den Seychellen, Fiji, Tonga, Samoa und Mikronesien für die Dringlichkeitsdebatte in die Traktandenliste aufgenommen.

Beratung: Dringliches Nachtragstraktandum

Klimawandel – lasst uns die Grenze nicht überschreiten

Nach einer kurzen Präsentation und einem Appell von Herr. W. William von den Seychellen und Co-Autor dieses Vorschlages ergriffen 12 Redner das Wort. Alle Redner waren sich einig, dass es weltweit mehr Bemühungen bez. Klimawandel brauche. Einige Delegierte brachten konkrete Beispiele, wie sich der Klimawandel auf das tägliche Leben auf einigen kleinen Inseln im Pazifik auswirkt (Wasserknappheit und Versandung von fruchtbarem Land etc.). Ein Delegierter aus Fidji warnte, dass die Auswirkungen des Klimawandels bereits in vollem Gange seien. In Fidji mussten aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels mehrere Dörfer verlegt werden. Der Klimawandel kenne keine Grenzen und betreffe schlussendlich alle. Die Internationale Gemeinschaft müsse umgehend handeln.

4. Hauptthema der Versammlung: Die zentrale Rolle der Parlamente bei der Förderung von Frieden und Entwicklung im Zeitalter der Innovation und des technologischen Wandels

Zusätzlich zur dreitägigen Debatte, an der sich 126 Delegierte beteiligten, hielt am Nachmittag des 15. Oktober Herr Henk Rogers, Gründer und CEO der Blue Planet Foundation (Hawaii) eine Rede zum Thema Klimawandel. Die Wissenschaft habe klar aufgezeigt, dass die Auswirkungen des Klimawandels eine akute Gefahr darstellten. Wie im kürzlich erschienenen Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen, im Deutschen oft als „Weltklimarat“ bezeichnet, aufgeführt sind dringend Änderungen in allen Bereichen der Gesellschaft notwendig, um die globale Erwärmung auf 1.5° zu beschränken. Hawaii habe der Welt gezeigt, dass solch ein Wandel möglich sei: Kinder wurden aktiv miteinbezogen bei der Änderung von Lebensgewohnheiten, kohlenstoffbasierte Treibstoffe würden gesetzlich verboten und eine kohlenstoffneutrale Wirtschaft bis 2050 angestrebt, Partnerschaften mit Elektrizitätswerken und anderen Interessensvertretern wurden intensiviert etc. Herr Rogers forderte die Abgeordneten auf, sich für entsprechende Massnahmen einzusetzen und den kommenden Generationen einen nachhaltigen und gesunden Planeten zu bewahren.

Die Generaldebatte wurde von einer Informationskampagne für Innovation und Technologie begleitet, welche Ausstellungen des CERN, der Raspberry Pi Foundation, der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) sowie der Organisation Geneva Water Hub and Waterlex zeigte.

Ein spezieller Teil der Debatte war die Feier zum 70. Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Hierzu wurde eine Podiumsdiskussion abgehalten. Eröffnet wurde diese mit einem Video von Frau B. Mbete, Sprecherin der Nationalversammlung von Südafrika, welche den hundertsten Geburtstag von Nelson Mandela feierte. Das Video sollte die Ideale von Nelson Mandela in Erinnerung rufen, insbesondere sein permanenter Einsatz für Gerechtigkeit, Gleichheit und gegen jegliche Diskriminierung.

Zum Schluss stellte Frau A. Clwyd, Mitglied des House of Commons des Vereinigten Königreichs und ehemalige Präsidentin des IPU-Komitees für Menschenrechte, via

Videobotschaft die Deklaration zum 70. Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vor und forderte die Anwesenden auf, sich erneut zu den Werten und Grundprinzipien der Deklaration zu bekennen. Die Deklaration wurde sodann von den IPU-Delegierten verabschiedet.

[Deklaration siehe Beilage]

5. Standing Committee on Peace and International Security

Die Kommission für Frieden und Internationale Sicherheit hielt insgesamt zwei Sitzungen ab. An seiner Sitzung vom 15. Oktober fand in Anwesenheit von drei Experten eine Podiumsdiskussion zum Thema Abrüstung statt. Als weiteres Thema wurde die Bekämpfung von sexueller Gewalt in friedenserhaltenden Missionen der UN diskutiert.

Am 17. Oktober wurde ein Expertenhearing zum Thema *Unzulässigkeit des Einsatzes von Söldnern als Mittel, den Frieden zu untergraben und Menschenrechte zu verletzen* abgehalten. Hierzu soll an der kommenden IPU-Versammlung eine entsprechende Resolution verabschiedet werden.

6. Standing Committee on Sustainable Development, Finance and Trade

An der Sitzung vom 17. Oktober wurde das Thema der nächsten Resolution besprochen: *The role of fair and free trade and investment in achieving the SDGs, especially regarding economic equality, sustainable infrastructure, industrialization and innovation*. Das Komitee hielt zudem eine Podiumsdiskussion bez. Weiterentwicklung der an der letzten IPU-Versammlung verabschiedeten Resolution zum Thema *Engaging the private sector in implementing the SDGs, especially on renewable energy* ab.

7. Standing Committee on Democracy and Human Rights

Das Komitee prüfte den Resolutionsentwurf zum Thema *Strengthening inter-parliamentary cooperation on migration and migration governance in view of the adoption of the Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration*. 97 Abänderungsanträge wurden hierzu eingereicht. Die überarbeitete Resolution wurde schliesslich an der letzten Sitzung des Komitees mit Vorbehalten von Kuwait, Libanon und Polen verabschiedet.

Weiter wurde das künftige Arbeitsprogramm der Kommission festgelegt. Es wurde zudem beschlossen, eine Resolution mit dem Titel *Achieving universal health coverage by 2030: The role of parliaments in ensuring the right to health* für die kommende IPU-Versammlung vorzubereiten.

F Sitzung des Interparlamentarischen Rates

1. Mitgliedschaft und ständige Beobachter bei der IPU

Es wurden keine neuen Aufnahmegesuche gestellt, die Mitgliederzahl bleibt unverändert bei 178.

2. Die finanzielle Lage der IPU

Mit Stichtag vom 14. Oktober hatten 4 Mitglieder und ein assoziiertes Mitglied Zahlungsrückstände von zwei Jahresbeiträgen und müssen daher mit Wahlsanktionen rechnen. Zwei Mitglieder (Honduras und Papa Neu Guinea) haben seit drei oder mehr Jahren keine Beiträge mehr bezahlt. Das Exekutiv-Komitee empfiehlt, vorgängig Sanktionen zu verhängen und mit der Androhung der Ausschliessung aus der Assembly noch zuzuwarten. Der Council nimmt abschliessend zur Kenntnis, dass die Einnahmen und Ausgaben für das erste Halbjahr im Rahmen der Kostenaufstellung sind und das Budget bis Ende Jahr voraussichtlich eingehalten werden kann.

3. Budget für das Jahr 2019

Das Budget für das Jahr 2019 liegt dem Council vor. Herr R. del Picchia, Vorsitzender des Finanzkomitees, erklärt, dass aufgrund der getätigten Ausgaben im Rahmen der ursprünglich geplanten Durchführung des nächsten weltweiten Treffens der Parlamentspräsidenten in Argentinien mit einem Minus von CHF 290'000 gerechnet werden müsse. Um dies abzufedern habe der Working Capital Fund einen Betrag von CHF 190'000 zur Verfügung gestellt.

Der Generalsekretär informiert den Council über die laufenden Bemühungen, Geldmittel von externen Quellen zu erhalten. Mehrere langfristige Finanzierungsübereinkommen würden sich dem Ende nähern und entsprechende Verlängerungen seien in Diskussion. Freiwillige finanzielle Unterstützungen seien unabdingbar für die Durchführung der IPU-Programme.

Der Council genehmigt schlussendlich das Budget für das Jahr 2019 in der Höhe von CHF 16'187'300.

4. IPU-Strategie 2017–2021

Der Council nimmt einen Bericht des Generalsekretärs über den Stand der aktuellen Umsetzung der IPU-Strategie 2017-2021 zur Kenntnis.

G Sitzungen der Gruppe Zwölf Plus

Die Gruppe der Zwölf Plus tagte jeweils am 13., 15., 16. und 17. Oktober 2018 und behandelte u.a. folgende Traktandenpunkte:

- a) Berichte diverser Arbeitsgruppen
- b) Finanzielle Situation der IPU / Budget 2019
- c) Wahlen in verschiedene Kommissionen
- d) Dringliches Nachtragstraktandum
- e) Abänderung der IPU-Statuten
- f) Aktuelle finanzielle Situation der Gruppe 12+

H Schlusswort

Durch die neue IPU-Präsidentin Gabriela Cuevas Barron aus Mexiko angeregt, wurden zahlreiche Anträge auf Änderung der Statuten und Reglemente der IPU initiiert, um die Organisation zu modernisieren, welche in den einzelnen Gremien vordiskutiert und in der Plenarversammlung verabschiedet werden.

Als weltweite Organisation der nationalen Parlamente mit derzeit 178 Staaten werden regelmässig Themen wie Migration, Abrüstung und Menschenrechte diskutiert. Danach einigen sich die Staaten demokratisch auf eine «One-Voice-Policy», das ist sehr wichtig, sowohl politisch als auch kommunikativ. Denn nur so ist es möglich, einen gemeinsamen Weg festzulegen und die Demokratielücken in den internationalen Beziehungen zu schliessen. Bei so vielen involvierten Staaten eine schwere Aufgabe. Am Rande der Sitzungen gibt es immer wieder Möglichkeiten für bilaterale interessante Gespräche und wertvolles Networking mit den Parlamentariern aus verschiedenen Ländern, vor allem aus der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus sowie unserem Nachbarland Schweiz. Es fand zudem ein Treffen mit einem Vertreter des Global Funds statt. Hierbei handelt es sich um eine der wichtigsten Institutionen zur globalen Bekämpfung von HIV/Aids. Liechtenstein ist eines der Spenderländer.

Es ist mir schliesslich ein Anliegen, mich beim Delegationskollegen Johannes Hasler und der Delegationssekretärin Gabriele Wachter für die angenehme und gute Zusammenarbeit zu bedanken.

I Nächste Versammlungen

Nach der kurzfristigen Absage Argentinien wird die 140. Versammlung im April 2019 (6.–10.04.2019) in Doha, Katar, stattfinden. Die 141. Versammlung wird Serbien im Herbst 2019 organisieren.

Der Delegationsleiter

Mario Wohlwend

Vaduz, 14. Februar 2019



Inter-Parliamentary Union
For democracy. For everyone.

138th IPU ASSEMBLY AND RELATED MEETINGS

Geneva, 24 – 28.03.2018

Sustaining peace as a vehicle for achieving sustainable development

Resolution adopted unanimously by the 138th IPU Assembly (Geneva, 28 March 2018)

The 138th Assembly of the Inter-Parliamentary Union,

Reaffirming that, according to its Statutes, working for peace and cooperation among peoples is one of the main purposes of the Inter-Parliamentary Union,

Recalling the IPU resolutions entitled *The prevention of conflicts and the restoration of peace and trust in countries emerging from war; the return of refugees to their countries of origin, the strengthening of democratic processes and the hastening of reconstruction* (99th Inter-Parliamentary Conference, Windhoek, 1998), *Achieving peace, stability and comprehensive development in the world and forging closer political, economic and cultural ties among peoples* (103rd Inter-Parliamentary Conference, Amman, 2000); *Ensuring respect for and peaceful co-existence between all religious communities and beliefs in a globalized world* (116th Assembly, Nusa Dua, 2007); *Promoting and practising good governance as a means of advancing peace and security: Drawing lessons from recent events in the Middle East and North Africa* (126th Assembly, Kampala, 2012); *Enforcing the responsibility to protect: The role of parliament in safeguarding civilians' lives* (128th Assembly, Quito, 2013) and *The role of parliament in respecting the principle of non-intervention in the internal affairs of States* (136th Assembly, Dhaka, 2017),

Also recalling the IPU outcomes of general debates, namely the Quito Communiqué (128th Assembly, Quito, 2013), the Hanoi Declaration (132nd Assembly, Hanoi, 2015) and the St. Petersburg Declaration (137th Assembly, St. Petersburg, 2017), containing, among other things, the parliamentary community's action towards implementation of the United Nations Sustainable Development Goals (SDGs),

Also recalling the determination to establish a just and lasting peace all over the world in accordance with the purpose and principles of the Charter of the United Nations,

Further recalling that sustaining peace has been defined in the substantively identical resolutions of the United Nations General Assembly (70/262) and the United Nations Security Council (2282 [2016]) adopted on 27 April 2016 "as a goal and a process to build a common vision of a society, ensuring that the needs of all segments of the population are taken into account, which encompasses activities aimed at preventing the outbreak, escalation, continuation and recurrence of conflict, addressing root causes, assisting parties to conflict to end hostilities, ensuring national reconciliation, and moving towards recovery, reconstruction and development, and emphasizing that sustaining peace is a shared task and responsibility that needs to be fulfilled by the government and all other national stakeholders, and should flow through all three pillars of the United Nations' engagement at all stages of conflict, and in all of its dimensions, and needs sustained international attention and assistance",

Welcoming the renewed mandate these United Nations resolutions give to the Peacebuilding Commission, the Peacebuilding Fund and the Peacebuilding Support Office within the context of the Sustaining Peace Agenda,

Also welcoming the prioritization of prevention of violent conflict by the Secretary-General of the United Nations,

#IPU138

Fully supporting United Nations Security Council resolution 1325 (2000) on women, peace and security which emphasizes the important role of women in the prevention and resolution of conflicts, as well as United Nations Security Council Resolution 2250 (2015) on youth, peace and security which recognizes the positive role of youth in the maintenance and promotion of international peace and security,

Recognizing these resolutions and the full implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development (2030 Agenda) as crucial steps towards more coherence among the three pillars of the United Nations, namely peace and security, development and human rights,

Mindful that the 2030 Agenda recognizes the need for sustaining peace and ensuring security and includes them as cross-cutting issues,

Recognizing that the SDGs apply to all States, while acknowledging that their implementation shall be adapted to the uniqueness of each and every State and that each State shall have the right to determine its priorities concerning the SDGs depending on its prevailing circumstances and needs,

Recalling that the 2030 Agenda calls on governments, parliaments and other stakeholders to design and deliver laws and programmes that meet the needs of the people, break down policy silos, uphold human rights, and leave no one behind,

Underlining that there is a link between peace and the promotion and protection of all human rights, included in, but not limited to, the Universal Declaration of Human Rights, the International Covenant on Civil and Political Rights, the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, and *recognizing* the will of the United Nations General Assembly to continue examining the issue of the promotion and protection of the right to peace,

Also underlining that, in view of the mutually reinforcing nature of development, human rights, peace and security, the strengthening of democracy and good governance, inclusive development, the promotion and protection of human rights, the eradication of poverty and the reduction of inequalities, the elimination of all forms of discrimination, the reduction of illicit financial and arms flows, effective, accountable and inclusive institutions and equal application of the law to all people are among the most effective ways to sustain peace and security and prevent the outbreak, escalation, continuation and recurrence of conflicts,

Emphasizing that peace and security are not only political issues defined by the absence of violence and war but also the freedom from fear, and that they encompass political, cultural, economic, social, environmental, educational and humanitarian issues,

Recognizing that violence is increasingly driven by domestic political instability and that one out of every two people in the world has been affected by or lives in proximity to political violence (OECD report *States of Fragility 2016*),

Convinced that parliaments can significantly contribute to sustaining peace, and *highlighting* both the constructive and preventive nature of parliamentary diplomacy in enhancing democracy and human rights, including its capacity to reduce tensions and mitigate and resolve conflicts by peaceful means,

Reaffirming that parliaments must guarantee inclusiveness through the representation and empowerment of women, the respect of the rights of children, youth, persons with disabilities, and marginalized groups, including ethnic and religious groups and those of LGBTI sexual orientation, and the expression of all their interests through parliamentary representation to ensure peace among all community members,

Also reaffirming that parliaments must guarantee that the situation and particular needs of migrant, refugee and displaced women and girls are taken into account, as well as the protection of their rights, their security, economic and social integration and their empowerment,

Recognizing that climate change has direct and indirect implications for peace and security, mainly affecting those in the most fragile and vulnerable situations, exacerbating the threat of social and political unrest, increasing environmental pressures and disaster risks, and causing the migration of populations that can be the source of conflicts,

Underlining the importance of enhancing national and regional initiatives, with international support, to address the negative consequences for sustainable peace, security and development of all aspects of the extraction and exploitation of mineral resources,

Noting with concern the plight of children in conflict situations, in particular the phenomenon of the recruitment and use of children by parties to armed conflicts, as well as other violations and abuses committed against children, and *stressing* the need for the protection of children in armed conflicts and for ensuring that the protection and rights of children in armed conflicts are integrated into all peace processes,

Recognizing that sustaining peace and achieving sustainable development requires regular, predictable and adequate financing and that innovative solutions must be pursued to increase the financial contributions made by non-traditional stakeholders, including the private sector,

Emphasizing the importance of the equal participation and inclusive involvement of all citizens of the nation, and of ethnic, religious and linguistic and other minorities, such as persons with different sexual orientations and persons with disabilities in national efforts towards sustaining peace, and *also emphasizing* the acknowledgement of the rights of all community groups and minorities, as principal partners in the attainment of peace,

Stressing the importance of addressing the socioeconomic dimension of youth unemployment, as well as of facilitating the enhanced participation of youth in decision-making processes, with a view of addressing social, political, cultural, and economic challenges, and *welcoming* in this regard the adoption of the United Nations Global Initiative on Decent Jobs for Youth aimed at addressing youth unemployment,

Also stressing the need to accelerate the process of adoption of national plans of action for the implementation of United Nations Security Council resolution 1325 (2000) on women, peace and security while ensuring the full participation of parliaments in their drafting, oversight of their implementation and financing,

Highlighting the contribution of civil society in ensuring sustaining peace and the implementation of the SDGs, and *welcoming* mutually beneficial interaction with it in order to build linkages to enhance citizens' well-being,

Reaffirming the principle of national ownership and leadership in sustaining peace which is understood as a broadly shared responsibility by the parliament, the government, the judiciary and all other national stakeholders,

Recognizing the contribution of regional actors, governmental and non-governmental, regional parliamentary assemblies, local bodies, and other regional forums, to sustaining peace and the implementation of the SDGs,

1. *Welcomes* the adoption by consensus of the substantively identical resolutions on sustaining peace by the United Nations General Assembly (70/262) and the United Nations Security Council (2282 [2016]);
2. *Calls on* all parliaments to contribute to the implementation of the concept of sustaining peace and the SDGs, and to identify specific measures of implementation in accordance with their national contexts;
3. *Stresses* the importance of national ownership and leadership in sustaining peace, and that the primary responsibility for identifying, driving and directing priorities, strategies and activities for sustaining peace and the implementation of the SDGs lies with national parliaments and governments;
4. *Underlines* that, in this regard, inclusiveness and diversity are crucial to ensuring that the needs of all segments of society are taken into account, and *acknowledges* inclusiveness itself as a means of conflict prevention;
5. *Calls on* all parliamentarians to bear in mind the notion of sustaining peace in the implementation of the SDGs as well as in their daily parliamentary work, and to include conflict prevention and the implementation of peacebuilding strategies in their parliamentary relations agenda, without prejudice to the principle of State sovereignty;

6. *Also calls on* all parliaments to use the preventive potential of the parliamentary process fully as a way of mitigating and resolving conflict, including through monitoring of human rights protection, inclusive dialogue processes, and mediation to peacefully address the needs of all segments of society;
7. *Encourages* parliaments to collaborate with the United Nations Peacebuilding Commission in their conflict prevention efforts and *recommends* that their national governments seek inclusion of their country's situation on the Commission's agenda where appropriate;
8. *Invites* parliaments to adopt enabling legislation, including key budget laws in order to advance both the SDGs and sustaining peace agendas, including measures that promote increased financial support from national stakeholders, notably the private sector;
9. *Also invites* parliaments to apply all generic parliamentary functions to hold governments accountable for the effective implementation of the sustaining peace framework and the SDGs, including the relevant law-making, oversight, budget, representative and elective functions and sustainable development agendas informed by the work of independent oversight bodies such as audit institutions, ombudsman institutions and national human rights institutions;
10. *Calls on* parliaments to partner with civil society more regularly in order to build trust among the general public, including the marginalized sections of society, to ensure inclusiveness and representation of a variety of needs and enable more effective access to decision-making processes, according to the national legislations;
11. *Recommends* parliamentarians to engage with governments, international organizations and civil society to promote gender equality, bearing in mind the impact of conflict on women and children, as well as the women, peace and security agenda of the United Nations, and to further promote the participation of women in peace processes, particularly, in mediation, peacekeeping and peacebuilding activities, as well as in education, health care and promotion of a culture of peace; moreover, *urges* parliaments to work towards concrete measures to promote gender equality and to protect the rights of children such as encouraging gender responsive budgets and the provision of adequate funding of human rights components in UN peacekeeping operations;
12. *Calls on* parliaments to adopt national plans of action for the implementation of United Nations Security Council resolution 1325 (2000) on women, peace and security, and to oversee their implementation and adequate financing;
13. *Recommends* parliamentarians to work with governments, international organizations and civil society in order to guarantee the protection of children from conflict at all times, and to avoid the use of children in armed conflict;
14. *Insists* that national parliaments and the international community, in accordance with the Paris Agreement on climate change, put in place legislative and financial provisions based on the principle of common but differentiated responsibilities, and *calls on* them to engage against climate change and its consequences, in particular on people who have to move and should be guaranteed a bedrock of international inalienable rights;
15. *Calls on* parliaments to ensure implementation of international commitments and treaties by the government, including the 2030 Agenda and human rights obligations, and *stresses* that a signed treaty is binding upon its signatories, who are obliged to implement it without any preconditions;
16. *Acknowledges* that particular attention must be paid to the prevention of violence in the context of elections, as pivotal moments of the political cycle, since politically stable situations provide an environment that is conducive to sustainable development and sustaining peace;

17. *Recognizes* the responsibilities of political parties and associations in this regard and the important role of free and fair elections and supporting institutions such as an independent electoral commission, the judiciary and free media;
18. *Urges* parliaments of conflict-affected countries to exert more efforts in supporting national reconciliation and transitional justice, the establishment of the truth, and in dealing with the past; *acknowledges* the important role of parliaments and national human rights institutions in national reconciliation; *underlines* the importance of bringing perpetrators to justice, and *calls on* parliaments to ratify the Rome Statute;
19. *Encourages* parliamentarians to legislate and collaborate with governments, international organizations and civil society, in accordance with international law, and international humanitarian law, to prevent the flow of arms in conflict-affected societies and regions;
20. *Declares* that an effective implementation of the SDGs not only contributes to preventing the outbreak of conflict but also supports the sustainability of peace and development by significantly reducing all forms of violence;
21. *Looks forward* to the High-level Meeting on Peacebuilding and Sustaining Peace on 24 and 25 April 2018 convened by the President of the United Nations General Assembly;
22. *Acknowledges* that cultural diversity has significant importance for achieving sustainable development and *invites* the Inter-Parliamentary Union to organize with the United Nations a world conference on the interfaith and inter-ethnic dialogue with the participation of the Heads of States, Parliaments and leaders of world religions;
23. *Encourages* ever-closer cooperation among parliaments and regional parliamentary organizations and local bodies within the Inter-Parliamentary Union with a view to contribute to sustaining peace and the implementation of the SDGs;
24. *Recommends* that governments of developed countries carry out their responsibilities in maintaining international peace and security in developing countries and promote the sustainable development process they originally initiated;
25. *Emphasizes* parliament's role in sponsoring active dialogues among various community members from different backgrounds to ensure sustaining peace and tolerance within communities.



Inter-Parliamentary Union
For democracy. For everyone.

138th IPU ASSEMBLY AND RELATED MEETINGS

Geneva, 24 – 28.03.2018

Engaging the private sector in implementing the SDGs, especially on renewable energy

*Resolution adopted unanimously by the 138th IPU Assembly
(Geneva, 28 March 2018)*

The 138th Assembly of the Inter-Parliamentary Union,

Reaffirming its commitment to effectively implementing United Nations General Assembly resolution A/RES/70/1 of 25 September 2015, entitled *Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development*, which laid the foundations for an inclusive sustainable development agenda with the involvement of all stakeholders, including the private sector, and set forth Sustainable Development Goal 7 on energy, in which the necessity of renewable energy development is affirmed,

Stressing that the Hanoi Declaration of 1 April 2015, adopted by the 132nd IPU Assembly, recognized parliament's role in mobilizing finance from both private and public sources to attain the Sustainable Development Goals (SDGs) and stated that the environment for private investments should be strengthened in ways that directly support sustainable development; and *reaffirming* the IPU resolution on *Promoting enhanced international cooperation on the SDGs, in particular on the financial inclusion of women as a driver of development*, which was adopted by the 136th IPU Assembly and calls for enhancing women's entrepreneurship and access to financial resources,

Referring to United Nations General Assembly resolutions A/RES/69/313 of 27 July 2015, entitled *Addis Ababa Action Agenda of the Third International Conference on Financing for Development*, and A/RES/71/233 of 21 December 2016, entitled *Ensuring access to affordable, reliable, sustainable and modern energy for all*, and to the outcomes of the United Nations Private Sector Forum 2017, the 2017 High-level Political Forum on Sustainable Development on progress towards the implementation of Goal 7, the 2017 IPU Regional Seminar on Achieving the Sustainable Development Goals for the Parliaments in the Asia-Pacific Region, the 2017 IPU Regional Seminar on the Sustainable Development Goals for the Parliaments of Sub-Saharan Africa, which recognized that the SDGs will have a disproportionate effect on the younger generations, in Africa and around the world, which should be included in the planning and implementation of development policies, and the 26th Annual Meeting of the Asia-Pacific Parliamentary Forum,

Asserting that sustainable development is the common goal of society and that among the interconnected and indissociable 17 Sustainable Development Goals, Goal 7 is a significant linchpin for the success of the others, especially those relating to poverty reduction, education, health and environmental protection in response to climate change,

Emphasizing that the development of renewable energy sources and access to affordable, reliable, sustainable and modern energy sources have a significant contribution to make in ensuring energy security, minimize inequalities in energy access, both within and between countries, create jobs and improve people's livelihoods, including those of youths and women in society,

Recognizing the urgent need to ensure full and equal access of women to renewable energy as a means to enhance their economic empowerment, as well as women's potential, given their key role in producing and using energy in households and communities, particularly in developing countries,

Observing that renewable energy technologies have experienced remarkable cost reductions over the last decade, exhibiting lower unit costs than traditional thermal power plants in many regions, and that similar developments are envisaged for generation and storage technologies in the foreseeable future,

Recognizing that the contribution of the private sector to development goes beyond capital provision and employment creation and that the private sector can be a true development agent which drives technology development and innovation, makes smart investment in key areas, facilitates technology transfer and participates in the transition towards sustainable production, operation and consumption, and that the active involvement of the private sector and the strategic partnership between the private sector and the public sectors, civil society and local communities are critical, especially in the field of renewable energy,

Emphasizing the responsibility of private sector entities for safeguarding and promoting the welfare of the surrounding community in which they operate their businesses, including in terms of environmental preservation and human rights protection,

Stressing, however, that it continues to lie primarily within the State's responsibility to assure and steer the SDG implementation process, not least because private investments tend to flow into middle-income countries and/or countries with a certain level of reliability in their respective investment structures which, in turn, results in a further disadvantage for the group of LDCs and thus for the countries that are the most dependent on support by the international community in implementing the 2030 Agenda,

Acknowledging that the organization and operation of the private sector are diverse, ranging from multinationals, cooperatives, small and medium enterprises, microenterprises, social enterprises and households to the informal sector, and that the modalities and scale and scope of public-private partnership vary from country to country and there should be institutional frameworks for these partnerships,

Affirming the need for countries to support small and medium enterprises through policies that support the creation of synergies between domestic companies and foreign actors,

Cognizant of the fact that developing countries are particularly vulnerable to the impact of climate change, and that although technology advancement has offered a reduction in renewable energy cost, developing countries are at a disadvantage when it comes to the technology and finance required for easier access to renewable energy,

Underscoring the indispensable role of parliaments in institution-building and sovereign oversight of the Government in effectively executing policies on engagement of the private sector in implementing the SDGs, especially in terms of renewable energy,

Wishing to promote international and national legal institutions where there is alignment between the interests of the private sector and poverty eradication and sustainable development, especially renewable energy,

1. *Strongly urges* parliaments to raise public awareness about the need for the engagement of multi-stakeholders in SDG implementation, especially renewable energy, by increasing the number of educational and awareness-raising campaigns and activities reaching out to all members of society in order to equip them with enhanced knowledge on sustainable development, and also to incorporate sustainable development content into curricula at all education levels, especially undergraduate and graduate courses in investment, production, business and commerce in order to change the business mindset towards SDG implementation;
2. *Calls on* parliaments to support gender-responsive legislation, policies and budgets aimed at ensuring equal access of youth, women and men to science and technology, education and training, capacity-building programmes for women, especially in rural areas, and equal opportunities to engage in all stages of the renewable energy value chain, including entrepreneurship opportunities, jobs and careers, as well as equal participation in local, national and international decision-making processes in the renewable energy sector;

3. *Also calls on* parliaments to support capacity-building programmes for poor and vulnerable sections of the population, and promote legislation and policies with a view to reducing energy poverty for vulnerable consumer groups;
4. *Urges* State agencies to recognize the important role of the private sector and simultaneously enlighten the private sector on its own important part and responsibility in SDG implementation, especially renewable energy, and to further promote entrepreneurship for sustainable development, boost corporate social responsibility and support social enterprise development so that the private sector is encouraged to integrate sustainable development concerns into its respective core business areas;
5. *Welcomes* the joining of hands by parliaments with governments to adopt national development strategies with mid-term and long-term sustainable development targets in which the engagement of the private sector as a stakeholder in SDG implementation is identified and SDGs are built into innovative and sustainable investment programmes;
6. *Appeals* to parliaments to build, and supervise governments in following, the road map to accelerate the transition to a low carbon economy, increase the share of renewable energy in the national energy mix, mitigate environmental pollution, implement solutions for efficient-effective energy usage and the use of renewable energy, develop green technologies and new environment-friendly materials as well as to develop domestic industries and infrastructure supporting renewable energy production, distribution and use;
7. *Also appeals* to parliaments together with governments to reorient financial markets to advance sustainability and consider suitable risk-sharing partnerships, such as innovative blended public-private finance mechanisms for funding sustainable development that ensure transparency and accountability and the balancing out of returns on private capital with social impacts;
8. *Urges* parliaments to establish, and support the development of, a transparent and competitive electricity market that will ensure that the production of electricity from renewable energy sources is self-supporting;
9. *Suggests* that parliaments safeguard policy space for investment into off-grid renewable energy and encourage private investment into off-grid renewable energy technology, including small-scale electricity generators converting power from renewable energy sources and mini-grids, through support to building risk management tools for such investments and an enabling regulatory and institutional framework and by preparing reliable long-term rural electrification road maps that mitigate the risks of grid extension interfering with private mini-grid and off-grid markets;
10. *Exhorts* parliaments to allocate appropriate budgets for investment and stimulate private investment into research and development (R&D) and innovation, and prioritize investment into essential infrastructure for renewable energy development;
11. *Urges* technologically advanced States to lead research in the practical application of technical solutions for storing and utilizing hydrogen produced from renewable energy, thereby making this technology a powerful option for the effective utilization of renewable energy;
12. *Calls on* parliaments to support the establishment of transparent and reliable databases for potential private investment in sustainable development, especially pipelines of small projects, the setting up of broader investor networks in the field of sustainable development, performance indicators, reporting systems for joint monitoring and evaluation on investment impacts, and standards for sustainable products and technologies, as well as the organization of multi-stakeholder forums allowing for constructively sharing knowledge, technical know-how, success stories, causes of failure and lessons learned in sustainable investment, production, operation and consumption;

13. *Also calls on* parliaments to continue their efforts to build economic institutions which foster an enabling business climate for the private sector to engage in SDG implementation and ensure the participation of the private sector and other stakeholders in policymaking and assessment;
14. *Further calls on* parliaments to support regulations for comprehensive, detailed and real-time energy measurements to facilitate cost-reflective billing and transparent revenue models;
15. *Recommends* that each parliament issue suitable incentive policies for the private sector, particularly small investment in small projects, in accordance with the respective socioeconomic conditions of the country in its own development period and without distorting functioning markets;
16. *Invites* parliaments, governments, international and regional organizations to identify and deliberate on new generation international investment agreements that focus on the promotion of sustainable development policies, bearing in mind the implementation of existing climate funding mechanisms;
17. *Proposes* more exchanges and enhanced cooperation between countries in order to promote the transfer of high-end technologies with more incentives, build policies that widen access to environmentally sound technologies, strengthen the means of implementation and revitalize the global partnership for sustainable development as set forth in SDG Goal 17;
18. *Encourages*, in particular, the participation of parliaments and their members in specialized organizations and forums on renewable energy, such as the International Renewable Energy Agency (IRENA), and the establishment of networks of parliamentarians, including between parliaments, parliamentary organizations and parliamentarians, to facilitate exchanges on best practices and enable knowledge transfer, including on policy, technology and finance; and *invites* the IPU to cooperate with these bodies with a view to enhancing parliamentary support for the SDG Goal 7 renewable energy targets.



Inter-Parliamentary Union
For democracy. For everyone.

139th IPU ASSEMBLY AND RELATED MEETINGS

Geneva, 14-18.10.2018

Executive Committee
Item 5

10 October 2018

139th Assembly

Declaration

70th anniversary celebration of the Universal Declaration of Human Rights

This year marks the 70th anniversary of the Universal Declaration of Human Rights - a historic instrument drafted in the aftermath of the horrors of the Second World War by representatives from around the world with different legal and cultural backgrounds.

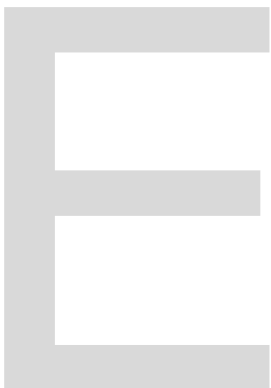
The fundamental rights in the Declaration have served, first and foremost, to uphold the inherent dignity of all human beings, and to contribute to the peace, security and prosperity of all nations.

As we celebrate the 70th anniversary of the Declaration, we also remember and honour Nelson Mandela, who would have turned 100 years old this year. He personified the ideals of the Declaration and, in his own words, strived to uphold "the ideal of a democratic and free society in which all persons live together in harmony and with equal opportunities".

Over the course of his lifetime, the rights enshrined in the Declaration have been universally recognized, with States now bound in law to ensure their citizens benefit from them and can access appropriate remedies and redress when they are violated.

Yet these rights are still far from being a reality for many. Against the backdrop of growing authoritarianism, internal conflict, war, poverty and large-scale migration, we, as parliamentarians, feel compelled to reaffirm our commitment to the Declaration and its underlying principles in the following way:

- As legislators, we commit to guaranteeing that the domestic legal framework complies with international and national human rights obligations and creates an enabling environment for inclusive participatory politics, a vibrant civil society and the rule of law.
- As people's representatives, we will do everything in our power to ensure that parliamentary discourse, proceedings, and outreach are rooted in, and promote, equality, liberty and justice.



#IPU139

- We will do more to raise greater awareness of the Declaration among our constituents, and help them to access their rights thereunder.
- As role models, we commit ourselves to inspire and energize our societies – particularly by championing the rights of those who are marginalized and persecuted, such as women, children, minorities, and others who are disenfranchised.
- We commit to the Declaration by acting in solidarity with parliamentary colleagues worldwide whose fundamental rights are being violated and raising their cases at the appropriate forums and with the relevant interlocutors, as well as by supporting the work of the Inter-Parliamentary Union's Committee on the Human Rights of Parliamentarians.
- We will do everything in our power to support human rights defenders, the often "invisible Mandelas", risking their freedom and lives to uphold the rights of others, who merit the recognition and support of parliaments, especially in light of the 20th anniversary of the United Nations Declaration on Human Rights Defenders.